

A1 Einleitung

Antragsteller*in: Marc Kersten & Jenny Brunner

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Wohnraum für alle

2 Eckpunkte für einen landesweiten Aktionsplan 3 zur Überwindung von Wohnungslosigkeit

4 Wir wollen in einer Welt leben ohne Obdachlosigkeit und in NRW fangen wir damit
5 an! Mit einem landesweiten Aktionsplan, der die Rahmenbedingungen, die
6 notwendige Finanzierung und konkrete Handlungsempfehlungen formuliert und die
7 Schnittstellen zwischen und zu den Kommunen, zu den Landschaftsverbänden, zu
8 Bundesregierung und EU klar benennt. Denn nur ein aufeinander abgestimmtes
9 Handeln kann zum Erfolg führen. In diesem Papier setzen wir dabei den Fokus auf
10 Obdachlose, weil diese besonders prekär leben und kaum eine politische Lobby
11 haben¹, was die Politik aber nicht davon befreit, alle Formen von
12 Wohnungslosigkeit zu überwinden. Dabei stehen wir auch vor dem Problem, dass die
13 Datenlage zum Thema unbefriedigend ist, der Wohnstatus bei
14 sozialwissenschaftlichen Studien oft unberücksichtigt bleibt und viele
15 Betroffene nicht erfasst werden, weil sie die bestehenden Hilfsstrukturen nicht
16 nutzen².

17 Wir GRÜNE sehen Gesundheitsversorgung sowie bezahlbares und barrierefreies
18 Wohnen als universelle Menschenrechte³ an und legen all unserem politischen
19 Handeln die Wahrung der Menschenwürde zugrunde. Deshalb können wir nicht anders,
20 als das bestehende Hilfesystem grundsätzlich zu hinterfragen und müssen an
21 vielen Stellen neue Wege gehen. Wir wollen ein System, das allen Betroffenen ein
22 dauerhaftes würdevolles Wohnen garantiert. Ein System, das Hilfe nicht von der
23 Herkunft, der Drogenfreiheit und dem polizeilichen Führungszeugnis abhängig
24 macht. Ein System, das die Menschen abholt, wie sie sind und wo sie sind, statt
25 bürokratische Hürden aufzubauen. Ein System, das die individuellen Bedürfnisse
26 berücksichtigt, statt Betroffene in scheinbar perfekt ausgedachte Schablonen zu
27 pressen. Ein System das im Dialog mit den Betroffenen (weiter)entwickelt wird,
28 statt über ihre Köpfe hinweg und ihr Expertenwissen in eigener Sache nutzt.

29 Um Obdachlosigkeit zu überwinden brauchen wir an vielen Stellen veränderte
30 Rechtsgrundlagen, neue und deutlich mehr Fördermittel, das dafür
31 realistischerweise nötige Fachpersonal, eine bessere Vernetzung der Ebenen und
32 landesweite Mindeststandards. Dabei setzen wir auf Kooperation statt Zwang.

33 Wer Obdachlosigkeit überwinden will, darf keine neue Obdachlosigkeit zulassen,
34 egal ob aufgrund von Armut oder fehlender Anschlussunterbringung nach
35 Psychiatrie-, Gefängnis- und Krankenhausaufenthalt. Zudem brauchen wir
36 schnellere Hilfsangebote, die alle erreichen und frühzeitigere und weitgehendere
37 Interventionsmöglichkeiten für die Kommunen.

38 Wenn wir Wohnen wirklich als Menschenrecht sehen, müssen wir schneller und
39 kreativer beim Organisieren des dafür nötigen bezahlbaren Wohnraums werden. Wir

40 müssen anerkennen, dass manche Obdachlose auch niederschwelligere Wohnformen
41 bevorzugen und benötigen. Und wir setzen mit einer flächendeckenden Umsetzung
42 von Housing First auf ein weltweit erprobtes Konzept, das Wohnraum als Schlüssel
43 zur Bewältigung anderer Probleme sieht.

44 Wir brauchen ein wirklich menschenwürdiges Unterstützungs- und Hilfesystem, das
45 vielfältiger ist, besondere Bedarfe abdeckt und Angebote macht, die bei den
46 Betroffenen auf Akzeptanz stoßen. Ein Hilfesystem, das Obdachlose stärker an die
47 Hand nimmt, ohne sie zu bevormunden. Und das für mehr Sicherheit sorgt,
48 physische und sprachliche Barrieren abbaut und dabei den Selbsthilfedanken
49 stärkt.

50 Obdachlosigkeit ist vor allem auch eine tiefe Wunde in unserem
51 Gesundheitssystem, das von Obdachlosigkeit Betroffene durch rechtliche, psycho-
52 soziale und organisatorische Barrierenausgrenzt und diskriminiert, das keine
53 nachhaltige Behandlung zulässt und chronisch und schwer Suchtkranke im wahrsten
54 Sinne des Wortes auf der Straße sterben lässt. Hierfür müssen wir passgenaue
55 Angebote schaffen, in den Köpfen der Menschen ansetzen und den Wechsel von einer
56 bestrafenden zu einer behandelnden Drogenpolitik fortsetzen.

57 Fußnoten:

58
59 1 Wir setzen einen Fokus auf Wohnungslose ohne Unterbringung gemäß der Gruppen 1
60 und 5 der europäischen [ETHOS-Light-Typologie](#) (auf der Straße und in
61 Behelfsbehausungen Lebende). Diese leiden unter einem deutlich höheren Level an
62 Gewalterfahrungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen (siehe [BMAS](#)).

63 2 Der 2022 veröffentlichte erste offizielle [Wohnungslosenbericht der](#)
64 [Bundesregierung](#) ist methodisch ausbaufähig. Da er während der Corona-Pandemie
65 erstellt wurde und nur Menschen im Hilfebezug erfasst, weist der Bericht
66 systematische Lücken auf.

67 3 Siehe [WHO-Verfassung](#) (1946), [Grundgesetz](#) Artikel 1, Absatz 1 und Artikel 2,
68 Absatz 2, [UN-Sozialpakt](#) (1966), [Agenda 2030](#) für nachhaltige Entwicklung (2015),
69 [UN-Behindertenrechtskonvention](#) (2008)

A2 Strukturelle Fragen

Antragsteller*in: Marc Kersten & Jenny Brunner

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Strukturelle Fragen

2 Ein Problem nachhaltig zu lösen, erfordert belastbare Zahlen und Fakten: Deshalb
3 gilt es, das Phänomen der strukturellen Untererfassung von Obdach- und
4 Wohnungslosen methodisch und rechtssystematisch anzugehen.

5 Die Fachleute sind sich zudem einig: Ohne eine praktikable Regelung für
6 Geflüchtete und vor allem auch osteuropäische Arbeitsmigrant*innen, werden wir
7 Obdachlosigkeit nicht überwinden können. Denn letztere machen einen großen Teil
8 aller Obdachlosen aus und werden systembedingt von den meisten Angeboten nicht
9 erreicht. Das macht auch deutlich, dass eine Behandlung nach Gefahrenabwehrrecht
10 keine ausreichende und keine menschenwürdige Rechtsgrundlage ist. Insofern
11 klingt der Ruf nach humanitären und unbürokratischen Lösungen zwar gut und ist
12 verständlich, lässt aber die aus Sicht der Kommunen mangelnde Finanzierung sowie
13 die rechtliche Grauzone, in der sich Verwaltungsangestellte und Sozialarbeitende
14 oft bewegen, außer Acht.

15 Dass EU, Bundes- und Landesregierung einen höheren Anteil der Kosten übernehmen
16 müssen, steht außer Frage. Ein erster Schritt hierzu war der Stärkungspakt für
17 NRW. Doch selbst wenn wir es schaffen, die Kommunen auskömmlich zu finanzieren,
18 z.B. durch Anzapfen von Fördertöpfen, so steht uns immer noch der
19 Fachkräftemangel im Weg, der auch in der Sozialarbeit herrscht. Hier bietet sich
20 geradezu an, osteuropäische Fachkräfte anzuwerben, die hier auf die passende
21 Zielgruppe stoßen und ohne Sprachbarrieren arbeiten könnten.

22 Wer Obdachlosen helfen will, sollte dabei nicht auf Zwang setzen und über ihre
23 Köpfe hinweg nach Lösungen suchen, sondern mit ihnen auf Augenhöhe reden. Doch
24 hierfür müssen wir sie empowern, damit der bei anderen gesellschaftlichen
25 Gruppen übliche Selbsthilfedanke stärker zum Tragen kommt.

26 Um diese strukturellen Fragen anzugehen, planen und fordern wir:

27 - systematische Änderungen und Ergänzungen beim Wohnungslosenbericht der
28 Bundesregierung

29 - den Bundesgesetzgeber auf, die aus GroKo-Zeiten stammende Blockade der auch
30 sozialrechtlichen Freizügigkeit für Menschen aus anderen EU-Staaten zu
31 überdenken¹

32 - eine Ausweitung von Förderprogrammen zur wirtschaftlichen Entwicklung in
33 Rumänien, Bulgarien und Polen, um den Auswanderungsdruck zu senken²

34 - einen Ausgleichsfonds aus EU-Mitteln, der Länder mit hoher Netto-Immigration
35 stützt

36 - einen alternativen Finanzierungsweg für Kommunen, die auf freiwilliger Basis
37 humanitäre Hilfen und dauerhafte Unterbringungen bieten, in Kooperation von
38 Bund, Land und EU

- 39 - stärkere Integrationsbemühungen und leichterem Zugang zu Sprachkursen mit
40 Unterstützung der Jobcenter und unter Nutzung von EhAP-Plus-Fördermitteln³ der
41 EU
- 42 - eine Beratungsstelle im MAGS, um Kommunen bei der Beantragung von
43 Fördergeldern zur Seite zu stehen
- 44 - eine Stärkung und Ausweitung der sozialen Arbeit in der Obdachlosenhilfe durch
45 mehr Personaleinsatz
- 46 - Sozialarbeitende aus Osteuropa gezielt anzuwerben
- 47 - den Ausbau der Fremdsprachenkompetenz im Sozialarbeitsstudium
- 48 - Einführung eines auf Obdachlosen-Streetwork spezialisierten Studiengangs an
49 mindestens zwei NRW-Fachhochschulen und eine stärkere Berücksichtigung in allen
50 Sozialarbeitsstudiengängen
- 51 - ein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeitende, um eine vertrauensvolle
52 Zusammenarbeit zu gewährleisten
- 53 - ein neues Wohnungslosenhilfegesetz mit dem wir das Gefahrenabwehrrecht
54 ergänzen, für eine menschenwürdige Behandlung und mehr Rechtssicherheit für
55 Verwaltungsangestellte sorgen wollen
- 56 - landesweite Mindeststandards⁴ für Einrichtungen des Obdachlosenhilfe
- 57 - Änderungen u.a. im § 67 SGB XII⁵, mit dem Ziel, innovative Projekte in die
58 Regelfinanzierung zu überführen
- 59 - eine Online-Plattform⁶ zur stärkeren Vernetzung der Kommunen mit
60 Orientierungshilfen anhand von Best Practices-Beispielen, wie dem Wichernhaus in
61 Dortmund
- 62 - eine Gleichzeitigkeit von Verbesserungen in allen Kommunen anzustreben, um
63 "Stadthopping" der Szene zu verhindern
- 64 - eine Aufnahme von Wohnungs- und Obdachlosen als benachteiligte Gruppe im
65 künftigen Landes-Antidiskriminierungsgesetz⁷
- 66 - ein weitestgehendes Verbot von obdachlosenfeindlicher (defensiver)
67 Architektur, durch Anpassung der Landesbauordnung oder Änderung des Straßen- und
68 Wegerechts
- 69 - Aufklärung zu Obdachlosigkeit an Schulen und mit Stadtführungen
- 70 - eine breit angelegte Imagekampagne unter Einbeziehung Betroffener, die
71 gängigen Klischeevorstellungen entgegenwirkt
- 72 - bessere Information über eigene Rechte und zustehende Leistungen

73 Fußnoten:

74
75 1 [Chronologie](#) der sozialrechtlichen Entscheidungen; eine [politische Bewertung](#);
76 [Arbeitshilfe](#) unter aktueller Rechtslage

77 2 ggf. im Rahmen des [Europäischer Fonds für regionale Entwicklung](#) (EFRE)

78

- 79 3 siehe [Europäischer Sozialfonds für Deutschland](#)
80
81 4 in Weiterentwicklung der [Empfehlungen zur Ausgestaltung der](#)
82 [ordnungsrechtlichen Unterbringung von obdachlosen Menschen](#)
83
84 5 siehe [SGB XII](#); [Landesausführungsgesetz](#) NRW; Richtlinien von [LVR](#) und [LWL](#)
85
86 6 in Weiterentwicklung vorhandener Hilfen/[Dokumente](#)
87
88 7 siehe [Gutachten](#) der Grünen LTF für ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz in NRW

A3 Prävention

Antragsteller*in: Jenny Brunner & Marc Kersten

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Prävention

2 Wer Obdachlosigkeit überwinden will, darf keine neue Obdachlosigkeit erzeugen
3 oder dulden. Dafür müssen wir einen stärkeren Blick auf die Strukturen sowie die
4 vielfältigen Ursachen für die Entstehung von Obdachlosigkeit werfen, nicht
5 zuletzt auf die Armut in unserem Land. Dass davon auch Kinder und Jugendliche
6 immer häufiger betroffen sind, ist unerträglich.

7 Ob eskalierender Streit in der Familie, eine plötzlich unbenutzbare Wohnung oder
8 psychische Probleme - an Gründen für Obdachlosigkeit mangelt es nicht. Dafür
9 aber oft am Verständnis der Gesellschaft, die aufgrund geringen
10 Informationsstandes Vorurteile entwickelt und zu einseitigen Schuldzuweisungen
11 neigt. Dass viele ihre Post nicht öffnen oder sich - wie insbesondere viele
12 ältere Menschen - so sehr schämen, dass sie viel zu spät Hilfe anfordern, geht
13 dabei in der öffentlichen Diskussion unter. Deshalb gilt es, den Zeitpunkt für
14 eine mögliche Intervention so weit wie möglich nach vorne zu verlagern.

15 Insofern ist Obdachlosigkeit auch ein Symptom unseres insgesamt versagenden
16 Sozial- und Gesundheitssystems, das Menschen in Notsituationen nicht schnell
17 genug, nicht individuell genug, nicht umfassend genug hilft und dabei stärker an
18 die Hand nehmen müsste, statt bürokratische Hürden aufzubauen. Vor diesem
19 Hintergrund darf auch der oftmals wichtige und von uns Grünen geforderte
20 Datenschutz nicht im Wege stehen, wenn wir das legitime staatliche Ziel der
21 Vermeidung von Obdachlosigkeit konkret umsetzen.

22 Bei der Prävention von Obdachlosigkeit ist der Blick zudem auf das Phänomen
23 versteckter Obdachlosigkeit zu lenken. Die im Volksmund als „Couchsurfer“
24 bezeichneten, oft sehr jungen und überproportional weiblichen Menschen ohne
25 eigene Wohnung, leben oft prekär, sind der Gefahr von Ausnutzungsverhältnissen
26 ausgeliefert und können deshalb schnell ungewollt auf der Straße landen.

27 Für all das haben wir einen Plan und fordern:

28 - eine starke Berücksichtigung des Themas Wohnungslosigkeit bei zukünftigen
29 Armutskonferenzen des Landes¹

30 - einen landesweiten Aktionsplan zur Armutsbekämpfung

31 - die Übernahme von Mietschulden auf Darlehensbasis durch alle Kommunen und ein
32 Sonderprogramm der NRW-Bank zu dessen Refinanzierung auch für finanzschwache
33 Städte und Gemeinden

34 - auch die Unterstützung bei den Kosten für Rechtsbeistand bei Kündigungsschutz-
35 und Räumungsklagen wie bereits u.a. in Solingen praktiziert, ggf. in Kooperation
36 mit dem Mieterbund NRW

-
- 37 - eine automatische Information der Kommune bei Einreichung jedweder
38 Räumungsklage auch für Nicht-Anspruchsberechtigte von Sozialleistungen nach SGB
39 II und XII
- 40 - eine bundesrechtliche Informationspflicht für Vermieter vor (!) einer
41 Kündigung bzw. Räumungsklage, unter bestmöglicher Beachtung von
42 Datenschutzerwägungen
- 43 - die persönliche Ansprache von Menschen, denen Wohnraumverlust droht, durch
44 Aufsuchen vor Ort²
- 45 - eine erweiterte Rechtsgrundlage, um Zwangsräumungen zu verhindern, statt auf
46 das Wohlwollen von Vermietenden angewiesen zu sein
- 47 - landesweite 24-Stunden-Notfallnummer bei drohendem Wohnraumverlust
- 48 - stärkere Nutzung der Möglichkeit der Wiedereinweisung in die gekündigte
49 Wohnung³ durch die Kommunen
- 50 - verbindliche Wohnungsfachstellen für alle Kreise und kreisfreien Städte⁴ in
51 NRW mit Unterstützung des Landes und ggf. wie in Köln in Kooperation mit dem
52 Jobcenter
- 53 - striktere Regeln für Eigenbedarfskündigungen, insbesondere in Kommunen mit
54 angespanntem Wohnungsmarkt
- 55 - schnelle und ausreichende Hilfe bei plötzlicher Unbenutzbarkeit der Wohnung,
56 z.B. durch Brand oder Wasserschaden
- 57 - eine Verbesserung der Hilfs- und Beratungsangebote bei Missbrauch, Gewalt und
58 anderen Problemen im häuslichen Bereich, inklusive einer Erweiterung und
59 besseren Verzahnung von Frauenhäusern, Jugendhilfeeinrichtungen sowie
60 spezialisierten Präventionsangeboten⁵
- 61 - ein standardisiertes Entlassmanagement aus dem Strafvollzug, der Psychiatrie
62 und Krankenhäusern, das Kommunen eine rechtzeitige Handhabe gibt,
63 Obdachlosigkeit zu vermeiden
- 64 - mehr Sensibilität und stärkere Vorsorge bei Depressionen und anderen
65 psychischen Erkrankungen
- 66 - konsequente Anwendung der Inobhutnahme nach SGB VIII bei Flucht oder Rauswurf
67 aus dem Elternhaus, unter Vermeidung altersmäßig gemischter Sammelunterkünfte
- 68 - eine liberalere Auslegung des Wohnsitzzwangs im Elternhaus für unter 25-
69 jährige gemäß §22, Absatz 5 im SGB II⁵
- 70 - die weitgehende Ersetzung von Ersatzfreiheitsstrafen durch ein System der
71 Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit, damit arme Menschen ihre Wohnung behalten
72 können
- 73 - eine Entkriminalisierung von Bagatelldelikten wie Schwarzfahren oder
74 Cannabiskonsum, um Freiheitsstrafen und Wohnraumverlust zu verhindern
- 75 Fußnoten:
76
77 1 hierbei ist der Blick auf alle drei Kategorien Wohnungsloser zu richten (ohne
-

- 78 Unterbringung, verdeckt, mit Unterbringung); Übersicht der letzten
79 [Armutskonferenz NRW](#)
- 80 2 siehe [Busch-Geertsema, Evers, Ruhstrat](#) (2014), u.a. Tabellen 29 und 30;
81 [Praxis-Leitfaden](#) der Diakonie Bayern
- 82 3 siehe [rechtliche Grundlagen und Urteile](#)
- 83
- 84 4 siehe Struktur der [ResoDienste der Stadt Köln](#)
- 85
- 86 5 siehe [Jutta Henke](#) (2023); beispielhaft auch das [Projekt Off Road Kids](#)

A4 Wohnraum

Antragsteller*in: Marc Kersten & Jenny Brunner

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Wohnungslosigkeit lässt sich nur beenden, indem wir den Betroffenen Wohnungen
2 geben. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, ist jedoch die größte Hürde,
3 denn wir sind weit von ausreichend bezahlbarem Wohnraum in NRW entfernt,
4 insbesondere in unseren Ballungszentren. Zudem gibt es unterschiedliche
5 Bedürfnisse: Allein in einer abschließbaren Wohnung zu leben ist nicht für
6 jede*n die beste Lösung. Doch ohne Wohnraum scheitert meist auch die Lösung
7 anderer Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Drogenentzug oder
8 gesundheitliche Genesung. Auf dem freien Wohnungsmarkt haben Obdachlose zudem
9 keinerlei Chancen und sind ständiger Diskriminierung ausgesetzt. Auch die
10 Gebühren für eine städtische Unterbringung schrecken viele ab. Und die geballte
11 Unterbringung in sozialen Brennpunkt-Stadtteilen steht einer Integration und
12 gesellschaftlichen Akzeptanz entgegen.

13 Ein weiteres Problem: Aktuell kann nicht so viel gebaut werden wie politisch
14 gewollt, da es an Fachkräften mangelt, Baustoffe knapp sind und die jüngsten
15 Zinserhöhungen viele Finanzierungspläne in Frage stellen. Um zu mehr Wohnraum zu
16 kommen ist deshalb ein umfassender Blick auf den Wohnungsmarkt zu werfen.

17
18 Dafür haben wir einen Plan und fordern:

19
20 - eine soziale Wohnungsbauoffensive für NRW mit attraktiverer Förderung,
21 beschleunigten Verfahren, seriellem Bauen, einem Fokus auf Micro-Appartements
22 und bevorzugter Grundstücksvergabe an gemeinnützige Wohnungsbau-
23 Genossenschaften¹

24 - die Verankerung des Ziels „Wohnraum schaffen für Wohnungslose“ in der
25 kommunalen Stadtplanung, mit festen Mindestquoten in Bebauungsplänen

26 - die stärkere Bekämpfung von Leerständen durch entsprechende Rechtsanpassungen
27 und konsequente Rechtsdurchsetzung, sowie erleichterte Umwandlungen von
28 ungenutzten Büroflächen

29 - die Förderung Sozialer Wohnraumagenturen auf lokaler Ebene wie in Darmstadt
30 oder Münster, die sich auf die dauerhafte Unterbringung von Obdachlosen und
31 Wohnungssuchenden mit Betreuungsbedarf fokussieren und dabei Vermietenden im
32 freien Wohnungsmarkt eine sichere und praktikable Gesamtlösung bieten²

33 - einen Runden Tisch mit Wohnungsgesellschaften und
34 Immobilieneigentümerverbänden

35 - eine Vergabe öffentlich geförderter Wohnraums ohne Schufaabfrage durch
36 städtische Wohnungsgesellschaften

37 - den flächendeckenden und großzügig vom Land bezuschussten Ausbau von Housing
38 First-Projekten, mit optionaler sozialarbeiterischer Betreuung und weitgehend
39 ohne Hürden vor der Wohnungsvergabe³

- 40 - eine verbindliche Nutzung von Besetzung- & Benennungsrechten⁴ bei
41 bezugsfertigen öffentlich-geförderten Wohnungen zu mind. 10% für obdachlose
42 Menschen, insbesondere für Housing First
- 43 - eine gesetzliche Grundlage für Kommunen, Sozialwohnungen auch für Personen
44 ohne gesicherten Aufenthaltsstatus⁵ nutzen zu können, die unterhalb der
45 Einkommensgrenzen gemäß § 13 WFNG⁶ NRW liegen, sofern eine Notlage vorliegt
- 46 - die Beratung von Kommunen bei der Erstellung rechtssicherer städtebaulicher
47 Verträge mit Investoren, im Hinblick auf sozialen Wohnungsbau, dessen möglichst
48 dezentrale Ausgestaltung sowie die Garantierung von Belegungsrechten
- 49 - eine bedarfsgerechte Attraktivierung des Landeszuschusses für den Aufkauf von
50 Belegungsrechten im Wohnungsbestand durch NRW-Kommunen, mit einer Mindestquote
51 von 50 % für Obdachlose und andere akut prekär lebende Menschen⁷
- 52 - eine Bundesratsinitiative zur weiteren einfachgesetzlichen Ausgestaltung von
53 Artikel 15 Grundgesetz, zwecks stärkerer sozialer Verpflichtung von
54 Immobilienbesitzer*innen⁸
- 55 - eine barrierefreie Ausgestaltung der zielgruppenspezifischen Angebote, da
56 viele Betroffene gesundheitlich beeinträchtigt und mobilitätseingeschränkt sind
- 57 - mehr flexible und bedarfsgerechte Angebote: Neben gemeinschaftlichen
58 Wohnformen können das auch Tiny Houses, Bauwägen und Zelte für jene sein, denen
59 die Umgewöhnung vom Leben auf der Platte schwer fällt⁹
- 60 - eine intensive Betreuung selbstverwalteter Obdachlosen-Wohnprojekte, damit
61 diese eine Chance auf Erfolg haben
- 62 - niedrigere Gebühren für Wohn- und Unterbringungsangebote, die Betroffene nicht
63 in die Überschuldung treiben, entsprechend der Vorgaben der
64 Landschaftsverbände¹⁰ und ohne Opt-out-Möglichkeit für die Kommunen

65 Fußnoten:

- 66
- 67 1 bei Ausweitung des Blicks auf alle Wohnungslose, zu denen auch Geflüchtete
68 zählen, wird auch die Notwendigkeit zur Schaffung von Wohnraum für größere
69 Familien deutlich, wie es die Stadt Münster nun stärker in den Blick nimmt.
70 Siehe frühere [Wohnungsbauoffensive NRW](#), Siehe auch [Landtagsresolution von](#)
71 [CDU/Grünen](#) (2023).
- 72 2 erklärt in [Praxishilfe](#) (MAGS NRW), S. 113ff; siehe Karlsruhe, Hannover,
73 [Bielefeld, Darmstadt](#)
- 74 3 [Housing-First-Konzept](#); Förderung durch LVR & [LWL](#); Umsetzung u.a. in
75 [Düsseldorf, Köln, Siegen](#)
- 76 4 gemäß [Wohnraumförderungsgesetz – WoFG](#), § 26 und 27 sowie [WFNG NRW](#), § 17
- 77 5 Siehe [Aufenthaltsrechte von EU-Bürger*innen](#)
- 78 6 gemäß [WFNG NRW](#), § 13
- 79 7 [Ausweitung](#) auf weitere Kommunen und [Förderrichtlinien](#)

- 80 [8 Abschließende rechtliche Bewertung](#) zur Durchsetzbarkeit des Berliner
81 Volksentscheides auf Basis von Artikel 15 GG
- 82 9 z.B. bei der [Initiative Bauen Wohnen Arbeiten](#) (IBWA)
- 83 10 gemäß § 42 Nr. 4 Buchstabe b) in Verbindung mit § 27b Abs. 1 Satz 2 [SGB XII](#)

A5 Hilfesystem

Antragsteller*in: Jenny Brunner & Marc Kersten

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Hilfesystem

2 Doch nicht alle Betroffenen können oder wollen sofort eigenständig wohnen und
3 nutzen deshalb die vorhandenen Hilfs- und Beratungsangebote für Notsituationen.
4 Hier arbeiten jeden Tag tausende engagierte Fachkräfte, um mit meist zu wenig
5 Personal und Geld möglichst viel für wohnungslose Menschen zu erreichen. Auch
6 den Tafeln und anderen ehrenamtlichen Initiativen zur humanitären Versorgung
7 Obdachloser und anderer Bedürftiger ist für ihren Einsatz zu danken. Ebenso den
8 Foodsharing-Aktivisten, die Bedürftigen mit Kochmöglichkeit auch eine
9 bedarfsgerechte Auswahl ihrer Lebensmittel ermöglichen.

10 Aber nicht alles was glänzt, ist auch Gold: Viele Obdachlose leben lieber auf
11 der Platte, weil es an Sicherheit und Sauberkeit, respektvoller Behandlung,
12 Privatsphäre und Menschenwürde mangelt. Oder weil ihre individuelle
13 Lebenssituation besondere Bedarfe erzeugt, z.B. für Obdachlose mit Hund, Frauen
14 und Familien, LGBTQ*, Geflüchtete, Jugendliche, Ältere und Menschen mit
15 Behinderung, für die das System mancherorts noch nicht vielfältig genug ist.
16 Andere bleiben fern wegen Schamgefühl, Stigmatisierung und Sprachbarrieren,
17 weswegen vor allem die aufsuchende Sozialarbeit so wichtig ist. Und nicht alle
18 in deutschen Amtsstuben entstandenen Angebote sind auch bedarfsgerecht, weil die
19 Betroffenen zuvor nicht gefragt wurden, was sie wirklich brauchen.

20 Das jetzige Hilfesystem mit Notschlafstellen wurde ursprünglich als kurzfristige
21 Überbrückung bis zur Vermittlung in regulären Wohnraum konzipiert. Von dieser
22 Idee haben wir uns weit entfernt. Das muss sich ändern! Denn Menschen jeden
23 Morgen wieder auf die Straße zu setzen ist menschenunwürdig und sorgt für eine
24 wiederholte Traumatisierung.

25 Um das System entsprechend umzubauen haben wir einen Plan und fordern:

26 - bessere Erreichbarkeit von zuständigen Stellen und eine landesweite 24-
27 Stunden-Notfallnummer

28 - neu zu definierende landesweite Mindeststandards für Einrichtungen der
29 Obdachlosenhilfe²

30 - einen bedarfsgerechten Ausbau von Streetwork-Stellen

31 - dass wir Betroffene lotsenartig an die Hand nehmen, wie schon jetzt in so
32 genannten „Kümmerer“-Projekten, die wir ausweiten wollen¹

33 - eine schrittweise Sanierung bestehender Notschlafstellen und deren Umwidmung
34 in permanente Unterbringungen oder Sozialwohnungen², mit Unterstützung
35 finanzschwacher Kommunen durch das Land NRW

36 - dass jedem Hilfebedürftigen in Notschlafstellen nach spätestens drei Monaten
37 eine dauerhafte menschenwürdige Unterbringung angeboten wird

-
- 38 - in den verbleibenden Notschlafstellen auch mehr Tagesaufenthalte einzurichten
39 und individuellere Vorsprechzeiten anzubieten
- 40 - die Umwandlung des Großteils von Mehrbettzimmern dort in abschließbare
41 Einzelzimmer²
- 42 - eine nur noch in Ausnahmefällen zulässige Unterbringung in
43 "Beherbergungsbetrieben" und auch dort mit max. zwei Personen pro Zimmer
- 44 - die konsequente Einhaltung von Mindeststandards zu Sicherheit und Sauberkeit,
45 auch in Gemeinschaftsbereichen
- 46
- 47 - mehr Schutz vor sexueller Gewalt durch standardmäßige Geschlechtertrennung,
48 außer für Paare und Familien²
- 49 - das Überbrücken von Sprachbarrieren durch ausreichend entsprechend geschultes
50 Personal, Sprachkurse und perspektivisch auch durch technische Lösungen
- 51 - deutlich mehr Barrierefreiheit, u.a. durch Aufzüge, Abstell- und
52 Lademöglichkeiten für Behindertenfahrzeuge und behindertengerechte Notausgänge
- 53 - gesonderte altersgerechte Angebote für Jugendliche und Senior*innen
- 54 - bedarfsgerechte Angebote für in Notsituationen geratene Frauen und ihre
55 Kinder, um sexuelle Ausnutzung zu verhindern
- 56 - eine kultur- und diskriminierungssensible Unterbringung für LGBTIQ* und
57 Geflüchtete³
- 58 - die Möglichkeit zur Unterbringung eines Haustiers im eigenen Zimmer
- 59 - die Ermöglichung sozialer Teilhabe durch zuverlässigen Postempfang und
60 Internetzugang
- 61 - dezentralere Hilfs- und Wohnangebote, nicht nur in den Innenstädten, durch
62 entsprechende Planungsrichtlinien und Ausweisung in Bebauungsplänen⁴
- 63 - Ausweitung von Alltags- und Wohntrainingsangeboten, ohne Zwang zur
64 Arbeitsaufnahme
- 65 - Schaffung von Gemeinschaftsgefühl durch gemeinsame Kochmöglichkeiten und
66 Aktivitäten
- 67 - sehr niedrigschwellige Arbeitsangebote mit Tagespraktika und Mini-Jobs
- 68 - niedrigschwellige und bezahlbare Unterbringungsangebote (siehe Kapitel
69 "Wohnen")
- 70 - die Förderung lokaler Modellprojekte auf Selbsthilfebasis
- 71 - eine finanzielle Unterstützung für Tafeln und ähnliche Projekte⁵ auf
72 ehrenamtlicher Basis zur humanitären Versorgung Obdachloser, da aktuell die
73 Spendenbereitschaft für solche Angebote leidet und krisenbedingte Mehrkosten
74 entstehen
- 75 - realistischere Anforderungen an die Alkoholnutzung, um die Mehrheit der
76 Betroffenen nicht auszuschließen
- 77

- 78 - hausinterne Schlichtungsmechanismen für Konflikte zwischen Bewohnern aufgrund
79 von Armutskonkurrenz
80
- 81 - Hausordnungen, die vor allem eine Schutzfunktion für andere erfüllen
- 82 - dauerhafte Unterbringung (z.B. in Zimmer oder Wohnung) nach einer Probezeit
83 mit festem Mietvertrag, um für Betroffene Rechtssicherheit zu schaffen
84
- 85 - verbindliche Alternativ-Angebote für schwer suchtkranke (Alkohol und Drogen)
86 sowie gewaltbereite Obdachlose
- 87 - eine permanente Evaluation aller Maßnahmen auf Nutzung und Akzeptanz
- 88 - ein angst- und repressionsfrei nutzbares Beschwerdemanagement, z.B. mit einer
89 verwaltungsunabhängigen Ombudsstelle wie für Geflüchtete in Hennef⁶
- 90 - regelmäßige Tage der Offenen Tür und Kurzpraktika zum Reinschnuppern, um einen
91 guten Kontakt zur Nachbarschaft zu pflegen
- 92 Fußnoten:
- 93 1 [Kümmerer-Projekte](#) der Landesinitiative „Endlich ein zuhause“ starteten 2019,
94 werden auch von der [CDU](#) propagiert
- 95 2 eine von vielen politischen [Forderungen der BAG Wohnungslosenhilfe](#); siehe auch
96 [Nationale Strategie zur Überwindung von Wohnungsnot und Armut in Deutschland](#)
- 97 3 Empfehlungen zu [Hilfsangeboten für inter*- und trans*sexuelle Wohnungslose](#)
- 98 4 die Stadt Münster legt z.B. verbindlich in ihrer Bauleitplanung fest,
99 entsprechende Angebote vorzuhalten
- 100 5 bei der Finanzierung sind auch o.g. Projekte zu berücksichtigen, die keine
101 Bedürftigkeitsnachweise erfordern, da dadurch Obdachlose ohne Papiere und
102 Aufenthaltsstatus ausgeschlossen werden
- 103 6 Geschäftsordnung der [Ombudsstelle in Hennef](#)

A6 Gesundheit

Antragsteller*in: Marc Kersten & Jenny Brunner

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Gesundheit

2 Armut macht krank und Krankheit macht arm, das gilt ganz besonders für
3 obdachlose Menschen. Die Lebenserwartung von Menschen auf der Straße liegt etwa
4 dreißig Jahre niedriger als von Menschen mit festem Wohnsitz¹. Kein Wunder
5 angesichts der Alltagsgefahren: Feuchtigkeit und Extremtemperaturen ausgesetzt,
6 mit eingeschränkten und mehr als jede*r andere den Risiken des Straßenverkehrs
7 ausgesetzt, ebenso politisch motivierten Angriffen und durch Armutskonkurrenz
8 erzeugten Raubversuchen. Obdachlose sind zudem oft nicht krankenversichert oder
9 haben aufgrund von Beitragsrückständen eingeschränkten Versicherungsschutz, was
10 einem nachhaltigen Behandlungserfolg im Wege steht. Für einige stellt schon das
11 Einlösen eines Rezeptes eine Überforderung dar.

12 Obdachlosigkeit ist deshalb vor allem auch eine Herausforderung für unser
13 Gesundheitssystem. Denn ihre Hilf- und Aussichtslosigkeit führt bei obdachlosen
14 Menschen zu Wut und psychischen Problemen, wenn sie diese nicht schon vorher
15 hatten. Eine ganz besondere Bedeutung kommt dabei der Gemeindepsychiatrie zu, da
16 bei vielen Obdachlosen eine entsprechende Erkrankung diagnostiziert wird. Den
17 Teufelskreis dieser Drehtür-Patienten müssen wir dringend durchbrechen.

18 Wer auf der Straße lebt, erlebt Leid am laufenden Band. Für viele hilft da nur
19 Sucht als Bewältigungsstrategie, um den eigenen Frust zu betäuben. Manch einer
20 landet durch Alkohol- und Drogenabhängigkeit auf der Straße, bei den meisten ist
21 es umgekehrt.

22 Doch Sucht ist eine Krankheit und kein Verbrechen. Deshalb führt die
23 Kriminalisierung von Drogenkonsum lediglich zu überfüllten Gefängnissen und
24 dauerhaft gescheiterten Existenzen. Die Bekämpfung von Obdachlosigkeit ist somit
25 auch ein wichtiger Beitrag zur Entlastung unserer Justiz und unseres
26 Gesundheitssystems. Die Behandlung von chronischen Erkrankungen, psychischen
27 Problemen und Drogenabhängigkeit braucht Zeit, flexible und realistische Ziele,
28 das Einvernehmen der Betroffenen und getrennte, darauf abgestimmte
29 Hilfsangebote.

30 Dafür haben wir einen Plan und fordern:

31 - die Überführung aller Betroffenen in die medizinische Regelversorgung,
32 unabhängig von Krankenversicherungs- und Aufenthaltsstatus, im ersten Schritt
33 mit einem anonymen Krankenschein wie in Köln²

34 - eine öffentliche Förderung von spezialisierten, niedrighschwelligen
35 Behandlungsangeboten für Obdachlose, wie z.B. der CAYA-Ambulanz in Köln³

36

37 - eine Liberalisierung des Arzneimittelgesetzes, um eine kontrollierte
38 Medikamentenabgabe zu ermöglichen

39

40 - mehr Krankenwohnungen und Projekte selbstbestimmten Lebens in der eigenen

- 41 Wohnung für obdachlose Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und
42 Pflegebedarf wie in Münster⁴
- 43 - eine Behandlungspflicht von Obdachlosen in Arztpraxen und verbindliche
44 Übernahme der Behandlungskosten durch die Sozialämter, analog zu
45 Krankenhausbehandlungen
- 46 - deutlich mehr mobile und aufsuchende medizinische Angebote für Obdachlose⁵
47
- 48 - mehr Sensibilität für psychische Erkrankungen/Phänomene, insbesondere auch
49 Neurodiversität und eine entsprechende Schulung des Fachpersonals
- 50 - ein bedarfsgerechter Ausbau der Gemeindepsychiatrie, um Wartelisten zu
51 vermeiden
- 52 - dass durch ein entsprechendes Entlassmanagement, verbindliche Schnittstellen
53 mit den Kommunen und passende Anschlussangebote niemand nach
54 Psychiatrieaufenthalten auf der Straße landet
- 55 - den Zugang zu Möglichkeiten zur Entgiftung niedrigschwellig zu gestalten, ohne
56 übermäßige Kontaktpflichten vor der Therapie
- 57 - niedrigschwellige Angebote für Drug-Checking wie in Münster⁶, um
58 Gesundheitsgefahren durch verunreinigte Substanzen zu vermeiden
- 59 - spezielle Angebote für suchtkranke Obdachlose, z.B. mit betreuten Wohngruppen
60 wie in Duisburg⁷
- 61 - ergebnisoffene Angebote, von kaltem Entzug über Konsumreduzierung bis hin zu
62 Substitution und kontrolliertem Konsum
- 63 - einen Therapieplatz direkt im Anschluss an eine Entgiftung, um Rückfälle zu
64 vermeiden
- 65 - eine Förderung von Sucht-Selbsthilfeprojekten⁸
66
- 67 - praxisgerechte Hausregeln zum Alkoholkonsum in Obdachloseneinrichtungen
- 68 - eine Unterbringung möglichst nur noch in Einzelzimmern, auch im Hinblick auf
69 künftige Pandemien⁹
- 70 - Menschen mit Behinderung oder erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen
71 müssen wir bei der Konzeption von Obdachlosenhilfeangeboten mitdenken
- 72
- 73 Fußnoten:
- 74 1 siehe [Deutsches Ärzteblatt](#) (2017)
- 75 2 [Allgemeine Infos](#) zum Anonymen Krankenschein; [Angebot in Köln](#)
- 76 3 [Konzept CAYA](#); ähnliche [Angebote der Malteser](#);
- 77 4 u.a. diverse Angebote der [Alexianer](#), für psychisch Kranke etc.
- 78 5 z.B. das [GSE-Arztmobil](#) in Essen

- 79 6 [INDRO in Münster](#) nimmt als einer von 10 deutschen Standorten mit einem
80 Drogenkonsumraum am vom BMG geförderten Modellprojekt „Rapid Fentanyl Tests in
81 Drogenkonsumräumen (RaFT)“ teil
- 82 7 siehe [Diakonie Duisburg](#)
- 83 8 wie z.B. [Vision e.V.](#) in Köln, [JES NRW](#) etc.
- 84 9 [Gemeinsame Empfehlungen](#) RKI, BAG W; [Erfahrungen aus Hamburg](#) mit
85 Einzelzimmerunterbringung während der Pandemie

A7 Fazit

Antragsteller*in: Jenny Brunner & Marc Kersten

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung Eckpunktepapier Obdachlosigkeit

Text

1 Fazit

2 Schon die Überwindung von Obdachlosigkeit bis 2030¹ ist ein extrem
3 ambitioniertes Ziel, um so mehr Respekt haben wir vor jenen, die auch die über
4 vielfach größere Zahl an Wohnungslosen in die Planung einbeziehen, wie unsere
5 Grüne Landtags- und Bundestagsfraktion. Doch manchmal ist auch der Weg das Ziel.

6 Dieses Eckpunktepapier soll den innerparteilichen Diskurs zum Thema auf ein
7 neues Level heben. Mit einem ganzheitlichen Blick auf Obdachlosigkeit und ohne
8 schon die Schere im Kopf zu haben, was mögliche Probleme bei der finanziellen,
9 organisatorischen und personellen Umsetzung angeht.

10 Es ist entstanden in intensiven Gesprächen mit (Ex-)Betroffenen, mit Fachleuten
11 von Verwaltung und sozialen Trägern. Wir haben dazu Obdachlosenprojekte in
12 mehreren Städten besucht, im Guten wie im Schlechten. Und wollen diesen Dialog
13 gerne fortsetzen und ausweiten.

14 Wir hoffen damit, den im Landtag agierenden Parteifreund*innen eine gute
15 Arbeitsgrundlage zur Verfügung zu stellen, die neben den Ergebnissen der
16 geplanten Expert*innen-Anhörung in einen Aktionsplan der NRW-Landesregierung
17 einfließen.

18 Text der Schreibgruppe: Marc Kersten und Jenny Brunner

19

20 Fußnoten:

21 1 Offizielles Ziel der [EU](#), [Bundesregierung](#) und [Landesregierung NRW](#) (Koa-Vertrag,
22 S. 104)